

Die US-Army zahlt vielen Neuankömmlingen, die privat wohnen wollen, keine Mietzuschüsse mehr – Fallen US-Familien künftig als Mieter teurer Wohnobjekte aus?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 064/07 – 16.03.07

Budgetkürzungen zwingen neu angekommene Familien im Bereich der USAREUR dazu, in den US-Wohnsiedlungen zu leben

Von Nancy Montgomery
STARS AND STRIPES, 02.03.07

(<http://www.estripes.com/article.asp?section=104&article=42946&archive=true>)

HEIDELBERG, Deutschland – Wegen einschneidender Budgetkürzungen können Soldaten der US-Army in Europa nicht länger selbst entscheiden, ob sie mit ihren Familien in den US-Wohnsiedlungen oder außerhalb in (einheimischen) Ortschaften wohnen wollen.

Die Möglichkeit der freien Wahl endete für Familien von Army-Angehörigen am 4. Januar, als der Chef des "Installation Management Command" / INCOM (der Verwaltungszentrale der US-Militärbasen) eine Vorschrift für den ganzen Bereich der USAREUR (der US-Army in Europa) erließ. Darin wird mitgeteilt, das Budget für Zahlungen an Army-Angehörige sei um eine Milliarde US-Dollar gekürzt worden, was zu Einsparungen zwingt. Betroffen davon sind u. a. die "Housing Allowances" (Mietzuschüsse) für Soldaten. Die Kommandeure der Garnisonen sind gehalten, Familien in die "Family Housing" (US-Wohnsiedlung) einzuweisen, wenn dort Wohnungen leer stehen.

Seither müssen neu nach Heidelberg kommende Soldaten mit ihren Familien in Wohnungen und Doppelhäuser einziehen, die (in den beiden US-Wohnsiedlungen) "Mark Twain Village" und "Patrick Henry Village" verfügbar sind. Das ist ein totaler Wechsel in der (bisherigen) Wohnungspolitik.

Jack Gillund, ein Sprecher der INCOM sagte, früher hätten die Familien die Wahl gehabt, ob sie mietfrei in einer "Housing" oder mit einer "Housing Allowance" außerhalb wohnen wollten. "Jeder konnte leben, wo er wollte," teilte er mit.

Die Einschränkung gelte nicht für alleinstehende höhere Mannschaftsdienstgrade (E-7 und darüber) und für Offiziere, die nach Aussage von Gillund auch weiterhin außerhalb wohnen könnten. Untere Dienstgrade (von E-1 bis E-6) ohne Familie hätten auch bisher schon in Kasernen leben müssen, wenn solche vorhanden waren.

Nach der (neuen) Vorschrift müssen die "Housings" voll belegt werden, und es werden mehr Mittel für ihre Renovierung aufgewendet.

"Die Wohnungen wurden erneuert und stehen jetzt zur Verfügung," sagte Gillund über die "Housings" in Heidelberg. Man versuche auch nach den neuen Richtlinien Familien zum freiwilligen Einzug zu bewegen, ehe man sie zwangsweise einquartiere.

Soldaten, die jetzt außerhalb wohnen, würden nicht aufgefordert, in die "Housings" umzuziehen, teilte Gillund mit. "Es betrifft nur die Neuankömmlinge, so lange 'Platz in der Herberge' ist."

Wie bei anderen Aspekten des Lebens kommt es auch bei der Wohnungssuche für Militärs vor allem auf das Timing an.

Die "Housings" in Heidelberg seien gegenwärtig zu 96 Prozent belegt, sagte Gillund. "Unsere Leute leben am liebsten in der 'Housing'", meinte er.

Die Änderung betrifft vor allem Garnisonen, in deren "Housing"-Wohnraum verfügbar ist. Am Donnerstag war noch nicht bekannt, auf welche Garnisonen das zutrifft.

Gillund sagte, er wisse nicht, wie viele Soldaten außerhalb wohnten. **Nach seinen Feststellungen bezahle die Army für eine außerhalb angemietete Wohnung durchschnittlich 29.000 Dollar jährlich, während sie die Instandhaltung einer "Housing"-Wohnung nur 12.000 bis 15.000 Dollar im Jahr koste.**

Nach einer Statistik auf der Website des (US-)Verteidigungsministeriums leben weltweit zwei Drittel der (dem Pentagon unterstehenden) Militärpersonen außerhalb (der "Housings"). Ein Report aus dem Jahr 1995 besagte, dass der Zustand militäreigener Wohnanlagen "ein normales Leben erschwere und die Moral senke". Daraufhin habe das Ministerium Mittel zur Gründung einer "Military Housing Privatization Initiative" (Initiative zur Privatisierung der Militärwohnungen) bereit gestellt, um in Partnerschaft mit Privatfirmen "Military Family Housings" zu bauen und zu unterhalten.

Militärangehörige, die in die erneuerten und kommerziell betriebenen "Housings" einziehen, bezahlen (die anfallende) Miete aus ihrer "Basic Allowance For Housing" (ihrem Basis-Mietzuschuss).

Nach Informationen auf einer Website der "Military Housing Privatization" sind Militärpersonen nicht gezwungen, in solchen Wohnanlagen zu leben; sie verlieren ihre "Housing Allowance" auch nicht, wenn sie sich dazu entschließen, außerhalb zu wohnen.

"Militärpersonen sind nicht verpflichtet in 'Housings' zu wohnen, die das Militär selbst betreibt und müssen auch nicht in privat betriebene 'Housings' einziehen," heißt es auf der Website.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Wir wissen nicht, ob auch die US-Air Force schon eine ähnliche Verfügung wie die US-Army erlassen hat. Wenn nicht, wird sie bald folgen. Auch durch die bevorstehenden Truppenreduzierungen bei allen Waffengattungen dürften viele einheimische Vermieter in wenigen Jahren unangenehme Überraschungen wegen ausbleibender US-Mieter erleben. Das US-Militär muss aus Ersparnisgründen versuchen, sein stark reduziertes Personal möglichst kostengünstig in seinen eigenen Housing-Anlagen unterzubringen und wird nur noch wenigen höheren Chargen Mietzuschüsse in bisheriger Höhe zahlen können.

Der Versuch der Artikelschreiberin, auf günstigere frühere Vereinbarungen zu verweisen, dürfte da wenig nützen. Das US-Militär wird seine stark reduzierten Mittel eher für Waffen als für die Anmietung privat finanzierter Komfort-Wohnhäuser ausgeben. Bei derart stark eingetrübten Gewinnaussichten sollte der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch sein privat zu finanzierendes US-Wohnungsbauprogramm schleunigst beedigen, damit er nicht mit Steuergeldern hohe Mietausfälle für leer stehende Häuser begleichen muss.